



# *Blitz-Info*

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Nr. 14 - Mainz, 6.5.2011

An die  
Mitglieder der GdP Rheinland-Pfalz

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Eure Gewerkschaft hat sich – wie von Euch gewohnt – im Landtagswahlkampf für Eure Interessen eingesetzt, sich bei der Gestaltung der Wahlprogramme eingemischt und mittels Wahlprüfsteinen Positionen der Parteien erfragt. In ungezählten Gesprächen haben wir mit den Politikerinnen und Politikern wichtige Fragen für die Organisation Polizei und Eure Lebens- und Arbeitsbedingungen erörtert.

Nunmehr haben SPD und Grüne ihren Koalitionsvertrag vorgelegt, den ich für Euch auszugsweise ausgewertet habe. Sonstige wichtige Themen wie Bildung, Umstieg in der Energiepolitik, Kommunalpolitik und vieles andere mehr habe ich ausgelassen. Ich empfehle Euch ausdrücklich das Lesen des Koalitionsvertrages im Original.

In der Landesverwaltung wird es, wie vorhergesagt, zu massiven Einsparungen kommen - und wegen der im Grundgesetz verankerten ‚Schuldenbremse‘ auch unabwendbar kommen müssen. Die von uns immer wieder eingebrachte Alternative „Verbesserung der Einkommenseite“ des Staates ist von den Ländern mangels Zuständigkeit nicht zu bewerkstelligen. Diese Aufgabe obliegt dem Bund.

Diese Landesregierung wird auch bei der Polizei Personal abbauen und nur geringe Lohnerhöhungen durchführen. Auch die Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten steht erneut in der Diskussion (Pension mit 67). Was das für uns bedeutet, kann im Moment noch nicht gesagt werden.

Wir haben uns vor wenigen Minuten gesondert bei Finanzminister Carsten Kühn erkundigt: Die versprochene Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamten für das Jahr 2011 wird durchgeführt.

Die Kennzeichnungspflicht haben wir bereits im Vorfeld und während der Koalitionsverhandlungen kritisiert. Für die Einrichtung einer „unabhängigen Beschwerdestelle der Polizei“, worunter wohl Beschwerden gegen die Polizei gemeint sein dürften, sehen wir keinen Anlass. Sie erscheinen mir als Fleisch gewordenes Misstrauen gegen uns und im Übrigen auch gegen die Neutralität der Justiz bei Verfahren gegen Kolleginnen und Kollegen.

Viel Licht, viel Schatten ...

Unser geschätzter Gewerkschaftskollege Karl Peter Bruch soll im Amt des Innenministers durch den jetzigen Staatssekretär Roger Lewentz abgelöst werden. Als Staatssekretäre sollen Heike Raab und Jürgen Häfner eingesetzt werden. Alle drei sind der GdP seit vielen Jahren als zuverlässige und engagierte Gesprächspartner bekannt.

Die Umsetzung der Sparbeschlüsse werden das Ministerium und uns Gewerkschafter vor große Herausforderungen stellen. Wir werden uns mit aller Kraft für unsere Polizei, die von uns zu schützenden Bürgerinnen und Bürger und die Beschäftigten in der Polizei einsetzen!

Mit kollegialen Grüßen

Ernst Scharbach, Landesvorsitzender

## **Auszüge aus dem Koalitionsvertrag**

### ***Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung***

Wir wollen Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung in den Betrieben weiter stärken. Kündigungsschutz, Mitbestimmung und Tarifverträge sind für uns unverzichtbare Arbeitnehmerrechte, für die wir uns stark machen.

Handlungsfähige **Personalräte** sind für uns unverzichtbare Partner einer modernen und leistungsfähigen Öffentlichen Verwaltung im Dienste aller Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen zur Tarifautonomie. Beim Thema Tarifeinheit werden wir uns konstruktiv in die Diskussion einbringen. Wir wollen eine Zersplitterung des Tarifvertragssystems, eine Spaltung der Belegschaften und eine Vervielfachung kollektiver Konflikte verhindern

Die Interessen der Gesamtbelegschaften dürfen nicht von Einzelinteressen verdrängt werden. Einzelne Beschäftigtengruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wir wollen alle politischen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, um Entwicklungen in Richtung **Lohndumping** und Verdrängung am Arbeitsmarkt entgegen zu wirken. Wir setzen uns ein für gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, für die Aufnahme aller Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, die Vereinbarung flächendeckender **Mindestlöhne**, die Verhinderung von Scheinselbstständigkeit und die effektive Bekämpfung von Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AentG).

Starke **Gewerkschaften** sind für uns unverzichtbare Partner einer lebendigen Demokratie. Wir werden den Dialog und die enge Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Betriebsräten und Gewerkschaften weiter fortsetzen. Wir halten fest an den Betriebs- und Personalrätekonferenzen und an der engen Zusammenarbeit und Finanzierung der Technologieberatungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) zur Stärkung, Beratung und Qualifizierung von Betriebs- und Personalrätinnen und -räten und Betrieben.

Wir setzen uns ein für flexible Übergänge in den Ruhestand, die die unterschiedlichen gesundheitlichen Belastungen in den Berufen berücksichtigen. Wir stärken die Maßnahmen für **Gute Arbeit** für Ältere, für alternsgerechtes Arbeiten, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung.

Wir werden die Arbeit des Kompetenzzentrums „Zukunftsfähige Arbeit in Rheinland-Pfalz“ optimieren und mit Blick auf Fachkräftesicherung, neue Personalentwicklungskonzepte, Weiterbildung, Diversity, altersgerechte Gestaltung von Arbeitsbedingungen, Gesundheitsmanagement sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz weiterentwickeln.

Die Einhaltung des **Arbeitsschutzes** hat für uns eine wichtige Bedeutung.

Wir wollen die Vereinbarkeit von **Familie und Beruf** für Frauen und Männer ermöglichen. Deshalb werden wir die Infrastruktur für die Betreuung und Bildung von Kindern weiter ausbauen. Wir werden besonders den Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und des Angebots an Ganztagschulen forcieren.

Wir unterstützen auch in Zukunft familiengerechte, flexible Arbeitszeiten und setzen uns dafür ein, dass Frauen und Männer den Wunsch, Kinder zu haben, durch mehr Familienfreundlichkeit in Unternehmen, in der Öffentlichen Verwaltung und der ganzen Gesellschaft tatsächlich leben können. Wir werden Maßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen fortführen und weiterentwickeln und die Initiativen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege stärken.

Wir streben eine Novelle des **Maßregelvollzugsgesetzes** an, das aus dem Jahr 1986 stammt, um die Patientenrechte auch im Maßregelvollzug zu stärken. Dabei werden wir gleichzeitig die berechtigten Sicherheitsinteressen der Bevölkerung wahren.

Die zunehmende Belastung in Ausbildung und Arbeitswelt führt auch zu einer Zunahme von psychischen und somatischen Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir setzen uns neben der Stärkung der seelischen Gesundheit und der betrieblichen Gesundheitsförderung auch dafür ein, dass ein ausreichend hohes Angebot an qualifizierten psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten bereitgestellt werden kann. Wir wollen die Gesundheitsförderung am Arbeits- und Ausbildungsplatz stärken

Wir setzen in der rheinland-pfälzischen Drogenpolitik vor allem auf Prävention, Vermeidung der Kriminalisierung von Konsumenten sowie Teilhabe und Hilfe für Suchtkranke.

Der Bund soll zudem aufgefordert werden, endlich ein Konzept gegen LKW-Maut-Ausweichstrecken, wie zum Beispiel die B9 in Speyer, gerade im Hinblick auf die Lärmbelastung der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner vorzulegen und umzusetzen... Die Koalitionspartner sind sich einig, Feldversuche von Gigalinern in Rheinland-Pfalz nicht zuzulassen.

## **10. Finanzen – nachhaltige und sozial gerechte Konsolidierung**

Wie in anderen Ländern leidet der rheinland-pfälzische Landeshaushalt unter den fiskalischen Folgen der Steuerpolitik der vergangenen 10 Jahre und unter den immensen Einnahmeeinbrüchen in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Rheinland-Pfalz tritt für eine angemessene und faire Finanzierung des Gemeinwesens ein. Die aktuelle gesamtwirtschaftliche Steuerquote ist dafür nicht ausreichend.

Wir wollen deshalb eine angemessene Besteuerung von Vermögen durch eine Reform der Erbschaftsteuer, ergänzend oder alternativ dazu durch eine Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer.

Abgeleitet aus den derzeitigen Schätzungen über die Einnahme- und Ausgabeentwicklung des Landeshaushalts, werden wir jahresdurchschnittlich ca. 220 Mio. Euro konsolidieren, um die Vorgaben der neuen Schuldenregel für das Jahr 2020 zu erreichen.

Wir werden im Bereich des finanziellen Dienstrechts verschiedene Einsparungen vornehmen und dabei den Bediensteten Planungssicherheit geben. Familien mit Kindern werden wir begünstigen. Unter anderem werden wir den Beamtinnen und Beamten zusagen, dass ihr Gehalt in den nächsten fünf Jahren um jeweils ein Prozent erhöht wird.

Wir werden die Erhöhung des Ruhestandseintrittsalters um zwei Jahre mit flexiblen Übergängen prüfen und dabei auch entscheiden, ob es für einzelne, besonders belastete Berufsgruppen Ausnahmeregelungen geben soll.

Die Zielzahl von 9.014 Polizistinnen und Polizisten soll bis zum Jahr 2016 erreicht werden. Durch **den damit einhergehenden Stellenabbau** werden entsprechende Einsparungen erzielt.

Der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) und der Landesbetrieb Mobilität (LBM) werden ihren Beitrag zur Einhaltung der Schuldenbremse leisten. Hierfür werden sie auch das Volumen ihrer **Baumaßnahmen** signifikant reduzieren müssen.

Wir wollen in Abstimmung mit anderen Ländern die Effizienz der Steuerverwaltung weiter steigern, damit mehr Steuergerechtigkeit herstellen und gleichzeitig **Einnahmesteigerungen** für die Finanzierung wichtiger Landesaufgaben realisieren. In diesem Rahmen wollen wir unter anderem Betriebs- und Außenprüfungen intensivieren und den Personaleinsatz in der Steuerverwaltung entsprechend steuern.

## **11. Gleiche Chancen für Frauen**

Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, in der die tatsächliche **Gleichstellung** von Frauen und Männern in allen Bereichen durchgängiges Prinzip ist. In der rot-grünen Landesregierung wird Frauenpolitik als eigenständiger Politikbereich beibehalten, der zugleich ein Querschnittsthema ist.

### ***Frauen vor Gewalt schützen***

Wir verurteilen alle Formen von Gewalt an Frauen und Mädchen und treten dafür ein, diese Gewalt gesellschaftlich zu ächten. Sie geht zum größten Teil von Männern aus und ist ein schwerwiegendes kriminelles Unrecht. Das rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen **Gewalt in engen sozialen Beziehungen** (RIGG) wird flächendeckend fortgeführt und weiterentwickelt.

Wir werden die Zahl von **Frauen in Führungspositionen im höheren Dienst** des Landes steigern. Dafür werden wir das Mentoring-Programm „Mehr Frauen an die Spitze“ in der landesinternen Personalentwicklung fortsetzen. Das **Landesgleichstellungsgesetz** (LGG) aus dem Jahr 1997 wollen wir novellieren.

## **13. Frei und sicher leben**

Der Schutz der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ist unser Ziel. Wir stehen für eine grund- und bürgerrechtsorientierte Rechts- und Innenpolitik. Die Innere Sicherheit bleibt eine zentrale Aufgabe der Landesregierung. Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land - das wollen wir weiterhin gewährleisten. Wichtig ist, die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden.

### ***Bürgernahe und transparente Polizeiarbeit***

Die Koalitionspartner werden Polizistinnen und Polizisten bei der Erfüllung ihrer verantwortungsvollen Aufgabe unterstützen. Wir wollen sicherstellen, dass der Polizei die notwendigen Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre Arbeit sachgerecht erfüllen kann. Unser Ziel ist es, eine moderne, an den aktuellen gesellschaftlichen

Entwicklungen und Belastungen orientierte Arbeit der Polizei zu gewährleisten. Wir wollen das Leitbild einer **bürgernahen Polizei** in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln. Wir wollen die **polizeiliche Infrastruktur auch in der Fläche erhalten** und halten bezüglich der **Polizeistärke** am Landtagsbeschluss aus der 14. Wahlperiode fest. Eine Veränderung bei den Standorten der fünf Polizeipräsidien wird nicht angestrebt. Mehr Transparenz stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Polizei. Polizistinnen und Polizisten tragen Namensschilder oder gegebenenfalls individuelle Nummern. Über die Ausgestaltung der **Kennzeichnung** soll eine Dienstvereinbarung abgeschlossen werden. Wir werden im Innenministerium außerhalb der Organisation der Polizei eine unabhängige **Beschwerdestelle** der Polizei einrichten, über deren Arbeit regelmäßig im Innenausschuss berichtet wird.

Die rheinland-pfälzische Polizei setzt sich bereits dafür ein, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst zu gewinnen und wird dieses Ziel verstärkt weiterverfolgen. Auch an den hohen Einstellungsquoten von Frauen in den Polizeidienst werden wir festhalten. Denn eine geschlechterparitätische Zusammensetzung der Polizei ist für deren Verankerung in der Gesellschaft und damit für ihre erfolgreiche Arbeit zentral.

Der Kriminalprävention messen wir einen hohen Stellenwert bei. Die Kriminalpräventiven Räte werden wir weiter ausbauen und die Gesellschaft dort so breit wie möglich abbilden.

Es ist das gemeinsame Ziel der Koalitionspartner, die **Videoüberwachung** generell einzugrenzen.

Weil die öffentliche Hand Vorbildfunktion hat, wollen wir die Videoüberwachung durch öffentliche Stellen deutlich einschränken. Dazu gehört auch, dass auf Videoattracten verzichtet wird. Insbesondere die Überwachung im privaten Bereich, wie zum Beispiel in Einkaufszentren, wollen wir kritisch überprüfen.

Das Internet und die neuen technischen Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen vor allem Chancen, aber auch Risiken. Auch im Netz müssen Grundrechte und allgemeine rechtsstaatliche Prinzipien gewahrt werden. Bei Überlegungen, neue Befugnisnormen für Eingriffe in Bürgerrechte einzuführen, ist zu beachten, dass es bereits weitreichende repressive Befugnisse nach der Strafprozessordnung zur Strafverfolgung gibt. Daher sehen wir aufgrund der erfolgten Neuregelung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes in der vergangenen Legislaturperiode keinen Bedarf für weitere präventive Eingriffsbefugnisse zur Gefahrenabwehr.

Die Polizei muss moderne Informations- und Kommunikationstechnologien zukünftig im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus nutzen können. Neue Eingriffsbefugnisse bedeuten Eingriffe in Bürgerrechte. Wir wollen die Sicherheitsbelange des Staates einerseits und die Freiheitsrechte der Bevölkerung andererseits zu einem vernünftigen Ausgleich bringen.



**Online-Durchsuchungen** begegnen erheblichen rechtspolitischen Bedenken. Daher vereinbaren wir, die im Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) getroffenen Regelungen der Online-Durchsuchung zu überprüfen.

Die im Paragraphen 100 POG vorgesehene qualitative Evaluierung soll bereits mit Ablauf des Jahres 2013 durch eine externe wissenschaftliche Begutachtung erfolgen. Ebenfalls evaluiert werden die **Rasterfahndung** und die bisher fehlende Benachrichtigungspflicht sowie die Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ). Unabhängig von der Evaluierung wird die Frist bei der **Quellen-TKÜ** umgehend auf zwei Monate herabgesetzt.

Es gibt rechtspolitische Bedenken gegen die Speicherung von Kommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht hohe Anforderungen in Bezug auf die **Vorratsdatenspeicherung** aufgestellt. Im geltenden rheinland-pfälzischen POG ist die Vorratsdatenspeicherung nicht vorgesehen. Diesbezügliche Änderungen werden die Koalitionspartner nur im Konsens vollziehen. Rheinland-Pfalz wird sich bei der Innenministerkonferenz dafür einsetzen, den Umgang mit der so genannten "**Gewalttäterdatei Sport**" unter Berücksichtigung der Rechtsschutzinteressen von Betroffenen neu zu gestalten. Betroffene sollen zukünftig über eine Aufnahme in die Datei informiert werden. Die Kriterien, die zur Aufnahme in diese Datei führen, müssen transparent sein.

Vorbildlich wirken zur Vermeidung und Bekämpfung von Jugendkriminalität die „**Häuser des Jugendrechts**“. Dort findet eine Optimierung der Verfahrensabläufe bei der Verfolgung und Verhütung von Jugendkriminalität statt durch die Zusammenführung von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe sowie freien Trägern unter einem Dach. Die „Häuser des Jugendrechts“ sind wichtige Instrumente der effektiven Jugendkriminalitätsbekämpfung. Die Einrichtungen haben sich bewährt und sollen deshalb ausgebaut werden.

Wir wollen den menschenrechtskonformen Vollzug der **Sicherungsunterbringung** unterstützen und in Kooperation mit anderen Ländern voranbringen, um möglichst rasch den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu entsprechen. Unterbringungsplätze müssen Therapie-, Arbeits- und Bildungsangebote enthalten.

Wir werden ein **Abschiebehaftvollzugsgesetz** schaffen.

Wir sprechen uns dafür aus, die Bewegungsfreiheit von Asylbewerberinnen und **Asylbewerbern** zeitnah auf das gesamte Gebiet des Landes zu erweitern. Außerdem streben wir im Bundesrat eine Initiative zur Abschaffung der Residenzpflicht an.

**Abschiebehafte** darf nur als ultima ratio und zur Durchsetzung einer unmittelbar bevorstehenden Abschiebung angeordnet werden. Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende, Eltern mit minderjährigen Kindern, psychisch Kranke, Menschen mit Behinderung oder posttraumatischer Belastungsstörung und ältere Menschen benötigen besonderen Schutz. Sie sollen weiterhin grundsätzlich von der Abschiebehafte ausgenommen werden. Die Abschiebehafte stellt für die in der

Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige in **Ingelheim** untergebrachten Menschen eine hohe Belastung dar. Wir werden alle Möglichkeiten prüfen, im Lichte humanitärer Aspekte Verbesserungen bei den Bedingungen der Unterbringung zu erzielen. Hierzu wird die Landesregierung eine Arbeitsgruppe einrichten, die in Abstimmung mit dem Vertragspartner Saarland bis Mitte 2012 einen Vorschlag unterbreiten soll, wie unter rechtlichen, humanitären und Sicherheitsaspekten sowie Folgekosten eine Neuausrichtung der Unterbringung von Ausreisepflichtigen erfolgen kann. Die Empfehlungen sollen unverzüglich umgesetzt werden. Die Landesunterkunft für Ausreiseflüchtlinge in **Trier** wollen wir zeitnah schließen. An der zentralen Regelung der Passbeschaffung werden wir festhalten.

### ***Erneuerte stabile Wirtschafts- und Finanzordnung***

Wir werden uns für eine stabile und nachhaltige Wirtschafts- und Finanzordnung einsetzen, die Risiken für die Realwirtschaft, die öffentlichen Haushalte und die Verbraucherinnen und Verbraucher mindert. Dazu bedarf es neben soliden öffentlichen Haushalten vor allem einer verbesserten **Finanzmarktaufsicht**, einer europäisch abgestimmten **Bankenabgabe**, mit der die Banken in die Verantwortung für die eingegangenen Risiken genommen werden, sowie einer **Finanztransaktionssteuer** (möglichst europaweit). Darüber hinaus setzen wir uns für eine starke europäische **Wirtschaftsunion** mit verbindlicher makroökonomischer Koordinierung und klaren Entscheidungsstrukturen ein. Außerdem setzen wir uns für einen entschiedenen Kampf gegen **Steuerdumping** und **Steuerflucht** in der EU ein. Notwendig ist dafür ein automatischer Informationsaustausch über Kapitaleinkommen. Um die EU auch im Kontext nationaler Konsolidierungsbemühungen handlungsfähig zu halten, sollen Instrumente wie Euro- und projektbezogene Anleihen geprüft und der EU eine eigene Steuerquelle eröffnet werden.

*Soweit die vorläufige Auswertung. Der Vertrag umfasst 100 Seiten. Ich hoffe, der ‚kleine‘ Auszug dient Euch bei Eurer persönlichen Bewertung.*

*Die konstituierende Sitzung des Landtages ist am 18. Mai.*

*Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten werden sich weitere für uns bedeutsame Festlegungen für die kommenden fünf Jahre ergeben.*

*Beste Grüße*

*Ernst Scharbach*